Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 10. Oktober 2014

Niederschrift
über die 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 08.10.2014
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 17:20 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Herr Christian Hermann	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	
Herr Hansjoachim Weiß	
Herr Benjamin Zabel	
Herr Steffen Zenner	während TOP 2.2.

Beratendes Mitglied

Herr Waldemar Deschner	
Herr Torsten Dolata	
Herr Volker Freitag	
Herr Uwe Geisler	
Herr Eric Holtschke	

Stellvertretendes Mitglied

Frau Uta Seidel	Vertretung für Frau Claudia Hänsel

Abwesende:

Stimmberechtigtes Mitglied	**Bemerkung**
Frau Claudia Hänsel	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Arndt Fröhlich	entschuldigt
Frau Gabriele Lorenz	entschuldigt
Frau Carola Rohloff-Soares	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Frau Neugebauer	Fachgebietsleiterin Pass- und Meldewesen	bis TOP 2.2.
Herr Hofmann	Fachgebietsleiter Stadtentwicklung, Stadt- und Umweltplanung	gesamte Sitzung
Frau Weigl	Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer

Vertreter der Presse - öffentlicher Teil

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.09.2014
1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Vorberatung
2.1. Sitzungskalender 2015 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachennummer 060/2014
2.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Weitergabe persönlicher Daten von Bürgern aus dem Melde-register der Stadt Plauen, ***Reg.-Nr. 1-14***, Stellungnahme der Verwaltung
3. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 2. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Fest-stellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, und Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 2. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.09.2014

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 1. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.09.2014 - öffentlicher Teil - fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

2. Vorberatung

2.1. Sitzungskalender 2015 für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Drucksachennummer 060/2014

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt den Inhalt der Verwaltungsvorlage vor und verweist auf das vor der Sitzung ausgereichte Änderungsblatt zur Vorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, hält eine 6-wöchige Sitzungspause im April für zu lang. Er bittet die Möglichkeit zu prüfen, Mitte April den Zyklus eine Woche zurückzuschieben.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine Prüfung zu. Durch den Sitzungsdienst werden die Fraktionen kurzfristig informiert, ob es problemlos möglich wäre, die Sitzungen nach Ostern alle um eine Woche vorzuziehen - einschließlich der Stadtratssitzung im Juli 2015.
Im Stadtrat wird dazu nochmals eine Aussage getroffen.

Es erfolgt keine Abstimmung zur Vorlage.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., spricht sich positiv zur bewährten Einführung und Umsetzung des Sitzungskalenders aus.

2.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Weitergabe persönlicher Daten von Bürgern aus dem Melderegister der Stadt Plauen, *Reg.-Nr. 1-14,* Stellungnahme der Verwaltung

Frau Neugebauer, Fachgebietsleiterin Pass- und Meldewesen, führt zur Stellungnahme der Stadt-verwaltung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer fragt nach, ob dem Antrag der Fraktion gefolgt werden kann, ohne eine Rechtsverletzung zu begehen.

Dies wird von Frau Neugebauer mit „Nein“ beantwortet. Das Melderecht kann hier kein Ermessen ausüben. Der Stadtrat könnte eine Empfehlung nur an den Oberbürgermeister geben. Die Entscheidung kann auch nur durch den Oberbürgermeister getroffen werden, ob Parteien Auskünfte erhalten. Wenn von einer Partei dagegen geklagt wird, würde die Stadt den Rechtsstreit verlieren. Von der Stadt Halle lag aus 2006 nur ein Beschluss vor. Es wurde eine Ermessensentscheidung des Bürgermeisters angeraten.

Oberbürgermeister Oberdorfer würde bei entsprechender Formulierung und einer mehrheitlichen Abstimmung im Stadtrat der Empfehlung nachkommen. Bei einer eventuellen Klage muss dann auch akzeptiert, wenn wir den Rechtsstreit verlieren.
Oberbürgermeister Oberdorfer bittet den Antragsteller, den Antrag anzupassen.

Frau Neugebauer informiert zu einer Empfehlung des SMI und des Landratsamtes der Wahlleitungen, wonach das Ermessen gleichrangig auszuüben ist.
Sie bringt weiterhin deutlich zum Ausdruck, dass jeder Bürger die Möglichkeit des Widerspruchs zur Weitergabe persönlicher Daten hat.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion Verständnis für den Inhalt des Antrages zeigt, da insbesondere nur Jungwähler von der NPD angeschrieben worden sind.
Die Fraktion würde bei entsprechender Formulierung des Antrages mitgehen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, ist es unverständlich, wie es zu dieser Situation kommen konnte. Wenn er richtig verstanden hat, obliegt die Entscheidung zu einer derartigen Anfrage dem Oberbürgermeister.

Frau Neugebauer, informiert, dass die Anfrage der Partei dem Fachbereich zur Ausführung zugeleitet wurde, da das Gesetz es hergibt. Gespräche wurden im Vorfeld mit den Verantwortlichen geführt.

Stadtrat Zabel vertritt die Auffassung, dass die einzige rechtskonforme Lösung eine Entscheidung durch den Oberbürgermeister wäre, ob Auskunft erteilt wird oder nicht unter dem Blickwinkel, dass bei einer Klage aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Ermessens eine Klage verloren werden kann.
Er hält es für problematisch, wenn derartige Dinge eingehen, zur Bearbeitung nach den gesetzlichen Regularien an den jeweiligen Bereichen der Verwaltung weitergeleitet werden und Oberbürgermeister Oberdorfer nicht beteiligt wird.
Aus seiner Sicht ist es eine politische Entscheidung. Ihm stellen sich die Fragen, warum das nicht weitergegeben wurde und wie die Stadt jetzt damit umgehen will.

Frau Neugebauer weist darauf hin, dass dabei immer Bezug auf die Wahlen zu nehmen ist. Die nächste Wahl wird in 3 Jahren sein.
Sie informiert, dass 2015 das neue Meldegesetz in Kraft tritt. Auskünfte und Auskunftssperre werden dort noch etwas enger gefasst. Das Gesetz ist schon erlassen, aber die Verordnung dazu noch nicht. Damit würden die Paragraphen hinfällig werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass bei Vorlage gesetzlicher Regularien eine Grundlage für diese Auskünfte gegeben ist. Damit handelt es sich um einen reinen Verwaltungsakt. Deshalb der Hinweis an den Antragsteller: Ein Empfehlungsbeschluss, derartige Anfragen künftig abzuweisen mit dem Wissen um die Konsequenz, dass es einen Rechtsstreit nicht standhalten würde.

Herrn Volker Freitag, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., geht es um die Rechtsgrundlage, dass der Bürger Widerspruch gegen die Weitergabe von personenbezogenen Daten einlegen kann. Er würde darum bitten, das Thema im Amtsblatt nochmals bekannt zu machen und den Bürgern die Möglichkeit des Widerspruchs darzulegen.

Frau Neugebauer weist darauf hin, dass entsprechend der gesetzlichen Regelungen die Verwaltung verpflichtet ist, darauf hinzuweisen, was auch schon mehrfach geschehen ist. Die Resonanz der Bürger ist sehr gering.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auf den geleisteten Amtseid, den Gesetzen der Bundes-republik zu folgen. Im Einzelfall würde er einer im Antrag formulierten Empfehlung und der

erreichten Mehrheit im Stadtrat folgen.

Stadtrat Steffen Zenner, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, spricht sich für mehr Bürgernähe aus und würde ein entsprechendes Formular im Internet einstellen oder als Vorlage zum Aus-schneiden dem Amtsblatt beilegen.

Frau Neugebauer merkt dazu an, dass das Formular im Internet eingestellt ist und auch über das Amtsblatt informiert wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass das Fachgebiet entsprechende Zuarbeit an die Pressestelle leistet. Die Veröffentlichung soll im redaktionellen Teil erfolgen.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einwohner Fraktion FDP/Initiative Plauen, führt zum Meldegesetz aus, das seines Wissens die Möglichkeiten benannt und ausgeschöpft sind, um das Widerspruchsrecht aus-zuüben.

Frau Neugebauer legt dar, dass 1 Mal jährlich im Mitteilungsblatt auf das Widerspruchsrecht hingewiesen wird. Dieses Jahr aufgrund der Wahlen sogar 2 Mal. Weiterhin wird entsprechend der Verpflichtung jedem Zuzug ein entsprechender Hinweis gegeben.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, würde dafür sprechen, nochmals ein Formular über das Amtsblatt auszureichen. Man sollte sich keinen Illusionen hingeben und warnt vor übertriebenen Hoffnungen.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er würde die Diskussion beenden. Die Fraktion wird sich nochmals zu dem Thema beraten und entscheiden, wie der Antrag zur Stadtratssitzung am 21.10.2014 eingebracht wird.

Vor Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf „Ende der Debatte“ stellt Oberbürgermeister Oberdorfer die Frage, ob jemand dafür oder dagegen sprechen möchte.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, möchte dagegen sprechen. Er hält es für sinnvoll, das Thema weiter zu behandeln. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass man der Stadtverwaltung nochmals den Auftrag einer rechtlichen Prüfung erteilt.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt keine weitere Wortmeldung fest und somit den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf „Ende der Debatte“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

3. Verschiedenes

- **Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, bittet um Ermittlung des Besitzers des Grundstücks im Anschluss an den ehemaligen Textilreinigungsbetrieb auf der Haselbrunner Straße in Richtung Althaselbrunn, damit der Besitzer zur Beseitigung der Verunreinigung herangezogen werden kann.**
  Mit Herrn vom Hagen, Frau Schicker und Herrn Ullmann habe er bereits gesprochen.

  Oberbürgermeister Oberdorfer erwartet, dass Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, bis zur Stadtratssitzung Stadtrat Fleischer schriftlich zuarbeitet.

- **Für Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, wäre von Interesse, inwieweit auch die Politessen und städtischen Vollzugsbediensteten ein Auge auf das Klientel/die Personengruppen haben, die am Tunnel Bürger belästigen und somit die öffentliche Ordnung beeinträchtigen.**

  Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, zu, wie sich die Handhabung durch die Politessen bzw. den „Gemeindlichen Vollzugsdienst" in allgemeinen Ordnungsfragen darstellt.

- **Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, merkt an, dass am Wendedenkmal (Nachbildung einer Kerze) die Beleuchtung nicht funktioniert.**

  Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine zügige Überprüfung durch den Eigenbetrieb GAV zu.

- **Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, bezieht sich auf einen Artikel der Freien Presse vom 9. September „Bänke der Bahnhofstraße noch ohne Holzschutz". Bereits vor ca. 2 Jahren kritisierte er, dass die Holzbrücken nicht gepflegt werden (z. B. Kleinfriesen – Gondelteich). In der Beantwortung wurde eine regelmäßige Prüfung und Wartung des Zustandes der Holzbrücken zugesichert. Aus seiner Sicht ist dem nicht so. Als Beispiel führt er die Holzbrücke am Weisbachschen Haus an. Er bittet nochmals darauf zu achten, dass zur Erhaltung der Holzbrücken diese turnusmäßig mit Holzschutz behandelt werden.**

  Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Stellungnahme des EigB GAV zu.

- Herr Torsten Dolata, sachk. Einwohner SPD/Grüne-Fraktion, informiert Oberbürgermeister Oberdorfer und alle Anwesenden, dass ihm am vergangenen Montag zur Vorstandssitzung des AC Atlas in der Kasernenstraße berichtet wurde, dass am Vormittag ein Hundebesitzer mit einem scheinbar sehr aggressiven Hund auf dem Gelände war. Seinerseits wurde Herr vom Hagen schriftlich gebeten, entsprechende Beschilderung anzubringen (z.B. kein öffentlicher Durchgang, keine Hundewiese) und die Wiese im hinteren Bereich des Grundstücks durch einen Zaun abzusperren. Damit wäre auch die Sicherheit der Kinder des angrenzenden Kindergartens gewährleistet.

- Oberbürgermeister Oberdorfer bittet, künftig bei derartigen Situationen sofort zu reagieren und entsprechende Notrufe zu tätigen.

Plauen, den Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den 13.10.2014

Christian Hermann
Stadtrat

Plauen, den

Winkler
Schriftführer

Prof. Dr. Lutz Kowalzick
Stadtrat